



Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Rechtspfleger-Kurier

Ausgabe I/2007

Jahrgang 40

Neuer Verteilungsmodus für die Spitzenstellen des Rechtspflegerdienstes sowie Grundsätze für die Ausschreibung dieser Stellen

Das Bayerische Staatsministerium der Justiz erarbeitet einen neuen Verteilungsmodus für die Spitzenstellen des Rechtspflegerdienstes sowie Grundsätze für die Ausschreibung dieser Stellen. Eine dazu eingesetzte Arbeitsgruppe hat den Entwurf einer Neukonzeption vorgelegt, der sich derzeit in der Praxisanhörung befindet. Auch der Hauptpersonalrat und der Verband Bayerischer Rechtspfleger erhielten die Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

Im Stellenplan des Haushaltes 2007/2008 wird es nach Wegfall der Funktionsgruppenverordnung bei den Rechtspflegerstellen keine Unterscheidung in R-Stellen (Funktionsrechtspfleger) und V-Stellen (sonstige Rechtspfleger) mehr geben. Schon aus diesem Grund ist eine Änderung des bisherigen Verteilungsmodus, der aus dem Jahr 1984 stammt, erforderlich.

Das bisher gefundene Ergebnis stellt einen Kompromiss dar zwischen den Interessen und Zielrichtungen der

beteiligten Arbeitsgruppenmitglieder (Vertreter des Ministerium, Personalreferenten der Mittelbehörden, Rechtspfleger aus der Praxis und Mitglieder der Personalvertretung). Das Zuordnungskonzept ist ein Sollzustand, der langfristig anzustreben ist. Seine Auswirkungen werden sich erst in den nächsten Jahren richtig bemerkbar machen.

Der Verband Bayerischer Rechtspfleger vertritt die Ansicht, dass durch die Neukonzeption eine ge-

Inhaltsverzeichnis

Neuer Verteilungsmodus für Spitzenstellen	Seite 1
Bericht zum Haushalt	Seite 3
Bericht zur Übertragung der Nachlasssachen	Seite 3
Erörterung mit Landtagsabgeordneten	Seite 5
Amtswechsel im Justizministerium	Seite 5
100 Jahre Richterverein	Seite 6
Willkommen	Seite 6
Bezirksverband Würzburg	Seite 6
Preisausschreiben	Seite 7
Diverses	Seite 9

rechte, nachvollziehbare Spitzenstellenverteilung gefunden werden muss. Sowohl für reine Fachrechtspfleger als auch für Rechtspfleger mit Zusatzfunktionen müssen ausreichende Spitzenstellen zur Verfügung stehen.

In seiner Stellungnahme gegenüber dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz fordert der VERBAND, den angewandten Verteilungsmodus bezüglich der Spitzenstellen für Funktionsrechtspfleger (Rechtspfleger mit Leitungs-, Lenkungs- oder Koordinierungsaufgaben) unter Berücksichtigung des Personalbedarfs, welcher sich aus PEBB§Y herleiten lässt, zu überarbeiten. Dadurch würden **mehr Spitzenstellen für reine Fachrechtspfleger** (Rechtspfleger ohne Leitungs-, Lenkungs- oder Koordinierungsfunktion) zur Verfügung stehen.

Die in das Konzept aufgenommenen **Leitlinien** für die Personalentwicklung im Bereich des Rechtspflegerdienstes haben wir begrüßt und dazu ausgeführt:

„Die Umsetzung der angestrebten Rotation zwischen Rechtspflegeaufgaben und Verwaltung sowie **vergleichbare Entwicklungsmöglichkeiten der Rechtspfleger auf allen Hierarchieebenen und auch im Verhältnis von Gerichten und Staatsanwaltschaften** sind für uns ein Schwerpunkt. Auch muss der Aufstieg in die Laufbahn des höheren Dienstes für **Rechtspfleger** uneingeschränkt beibehalten werden. Als Zielvorgabe ist eine Aufstiegsquote von 10% in das Konzept aufzunehmen“.

Positiv betrachten wir die Beibehaltung der Zulagenämter A 13 + AZ grundsätzlich für Fachrechtspfleger. Die beabsichtigte Reduzierung der

Zulagenämter von 14 auf 10 Stellen ab dem Haushaltsjahr 2009/2010 und die dadurch finanzierten zusätzlichen Hebungen von A 11 nach A 12 mit den Nachfolgebeförderungen von A 10 nach A 11 und von A 9 nach A 10 bringen in erster Linie für jüngere Kolleginnen und Kollegen Vorteile.

Wichtig erscheint uns die Gewährleistung eines einheitlichen Beurteilungsniveaus. Die Größe einer Behörde darf bei der Vergabe der Punkte und damit für die Chance auf die Erlangung einer Spitzenstelle keine Rolle spielen.

Derzeit ist unklar, wann die Neukonzeption in Kraft tritt. Die Ergebnisse der weiteren Anhörungen bleiben abzuwarten. Wir hoffen, dass unsere vorgetragenen Ergänzungs- bzw. Änderungsforderungen in vollem Umfang berücksichtigt werden.

Nach Inkrafttreten der Neukonzeption wird der VERBAND über seine Medien (Homepage, Rechtspflegerkurier) den neuen Verteilungsmodus ausführlich erläutern.

In den Mitgliederversammlungen der Bezirksverbände werden die in der Arbeitsgruppe mitwirkenden Mitglieder des Landesvorstands gerne für weitere Informationen und zu Diskussionen zur Verfügung stehen. Das Konzept soll nach einem Jahr Gültigkeit mit Beteiligung des Hauptpersonalrats evaluiert und erforderlichenfalls fortgeschrieben werden.

Kurt Rosemann

Große Erfolge für den Verband Bayerischer Rechtspfleger

Haushaltseingabe des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger führt zu zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten

Die Rechtspfleger an den Gerichten und Staatsanwaltschaften profitieren durch die im Haushalt 2007/2008 enthaltenen umfangreichen strukturellen Verbesserungen (Stellenhebungen und Stellenumwandlungen) in bedeutendem Umfang.

Dadurch sollen sich die in weiten Bereichen deutlich zu langen Beförderungswartezeiten spürbar verkürzen.

Mit seiner Eingabe zur Aufstellung des Doppelhaushalts 2007/2008 hat der Verband Bayerischer Rechtspfleger gegenüber den Fraktionen im Bayerischen Landtag und gegenüber dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz seine Vorstellungen vorgebracht. Diese wurden in zahlreichen Gesprächen, u. a. mit verschiedenen Landtagsabgeordneten und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses untermauert. Das Bayerische Staatsministerium der Justiz hat die Forderungen des VERBANDS unterstützt.

Der nach Art. 6b und Art. 6e Haushaltsgesetz (Stellenabbau wegen der Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte und Richter) vorgesehene Stellenabbau konnte zwar nicht ganz verhindert, für die Haushaltsjahre 2007/2008 jedoch auf insgesamt 60 Stellen pro Jahr begrenzt werden.

Zusätzlich sieht der Haushalt 2007/2008 vier verschiedene He-

bungsprogramme vor:

- Hebungsprogramm „Verwaltung 21“:
Von diesen Hebungen entfallen **fünfehn** auf den gehobenen Justizdienst (Rechtspflegerdienst), davon fünf nach BesGrn. A 12 bzw. A 13.
- Hebungskonzept der Justiz für die Aufstiegslaufbahnen, den gehobenen Sozialdienst und die Laufbahnen des technischen Dienstes. Dabei sind auch **sechs** Hebungen von A 9 nach A 10 vorgesehen.
- Hebungsprogramm „Innere Sicherheit“:
Hiervon entfallen **einundzwanzig** Stellenhebungen auf den Rechtspflegerdienst.

Das vierte Hebungsprogramm betrifft den Bereich Richter und Staatsanwälte.

Wir gehen davon aus, dass durch diese Stellenhebungen für die Rechtspfleger in Bayern in den nächsten beiden Jahren ca. 150 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Kurt Rosemann

Übertragung der Nachlassverfahren auf Notare „vom Tisch“

Dem Verband Bayerischer Rechtspfleger liegen Informationen vor, wonach derzeit für die Übertragung von Nachlasssachen auf Notare – im Gegensatz zur Neuordnung des Gerichtsvollzieherwesens – weder im Bundestag noch im Bayerischen Landtag ausreichende Mehrheiten bestehen.

Der Grund hierfür liegt nach Aussage der Bayerischen Staatsministerin der Justiz, Frau Dr. Beate Merk, vor allem im enormen Widerstand des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger e.V. und des Bundes Deutscher Rechtspfleger gegen die Übertragung der Nachlasssachen.

Die Abgeordneten konnten sich unseren fachlich fundierten und überzeugenden Argumenten nicht verschließen.

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Aufgabenübertragung auf Notare" unter Federführung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz wurde auf der Frühjahrskonferenz 2006 in Erlangen noch beauftragt, einen Gesetzentwurf zur Aufgabenübertragung auf Notare auszuarbeiten und auf der Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister über den Stand des Verfahrens erneut zu berichten. Allerdings war die Aufgabenübertragung auf Notare bei der Herbstkonferenz der Justizminister am 30. November 2006 in Brüssel dann doch nicht mehr Gegenstand der Tagesordnung.

Wir freuen uns, dass die Anstrengungen des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger und des Bundes Deutscher Rechtspfleger wesentlich zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Folgende Aktivitäten sind besonders herauszuheben:

- Unterschriftenaktion gegen eine Auslagerung samt Überreichung der Unterschriften an den Amtschef im Bayerischen Staatsministerium der Justiz, Herrn Ministerialdirektor Hans-Werner Klotz.
- Festrede von Herrn Peter Gummer, Präsident a.D. des Bayerischen Obersten Landesgerichts, am

16. Juli 2005 auf dem Rechtspflegertag in Kloster Banz.

- Erarbeitung eines Positionspapiers mit Auflistung aller Argumente, die gegen eine Auslagerung sprechen.
- Überzeugungsarbeit in zahlreichen Gesprächen mit den Landtags- und Bundestagsfraktionen, mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten aller Parteien.
Vertreter des VERBANDS sprachen u.a. mit Alois Glück, Erwin Huber, Peter Ramsauer, Christine Stahl, Adi Sprinkhart, Franz Schindler, Christa Naaß, Joachim Herrmann und Peter Welnhöfer.
- Ein enger Dialog mit der Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und mit mehreren Landesjustizministern/-innen, mit dem Bayerischen Beamtenbund, dem Deutschen Richterbund und dem Deutschen Anwaltverein.

- Vom Verband Bayerischer Rechtspfleger initiierte Zeitungsmeldungen über die wesentlichen Nachteile einer Auslagerung.

Nachzulesen sind diese auf unserer Internetseite (www.rechtspflegerverband-bayern.de) und auch in den Ausgaben 2005 und 2006 des Bayerischen Rechtspflegerkuriers.

Wir stellen fest:

Ohne die Gegenwehr des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger und des Bundes Deutscher Rechtspfleger (mit dessen Landesverbänden) wäre die Auslagerung der Nachlasssachen in Bayern bereits beschlossen.

Der Verband Bayerischer Rechtspfleger bedankt sich recht herzlich bei allen, die ihn bei seinen Aktionen zum Erhalt der Nachlassgerichte so tatkräftig unterstützt haben.

Die auf der Justizministerkonferenz gefassten Beschlüsse können nachgelesen werden unter <http://www.justiz.bayern.de/ministerium/jumiko/beschluss/>

Kurt Rosemann

Erörterung aktueller Themen mit Landtagsabgeordneten

In seiner Haushaltseingabe zum Doppelhaushalt 2007/2008 hat der VERBAND, wie schon in den früheren Haushaltsjahren, die Bayerische Staatsregierung und die Abgeordneten des Bayerischen Landtages auf die bedrohlich schlechte Personalsituation und die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger hingewiesen. Als Kernpunkte haben wir u.a. bessere Beförderungsmöglichkeiten, insbesondere durch volle Ausschöpfung der möglichen Nachschlüsselungen, sowie den Verzicht auf jeglichen Stellenabbau gefordert. In den jeweiligen Zuleitungsschreiben boten wir an, unser Anliegen persönlich zu erläutern. Mehrere Abgeordnete haben reagiert und den VERBAND zu persönlichen Gesprächen in den Bayerischen Landtag eingeladen. Auf diese Weise kamen fruchtbare Erörterungen zu Stande. So fanden im Monat Oktober 2006 Gespräche mit den Abgeordneten der CSU-Fraktion Josef Zellmeier sowie Philipp Graf von und zu Lerchenfeld statt. Für den VERBAND nahm der stv. Vorsitzende Robert Schmid die Gelegenheit wahr, mit den genannten Abgeordneten über die Haushaltseingabe hinaus auch weitere aktuelle Themen zu erörtern. Gegenstand der Gespräche waren hierbei insbesondere die durch das Bayerische Staatsministerium der Justiz beab-

sichtigten Aufgabenverlagerungen. Wie auch bei den Gesprächen mit den Fraktionen (s. Ausgabe IV/2006), übergab der Vertreter des VERBANDES jeweils eine Ausgabe des Sonderkuriers von August 2005 sowie eine Ausgabe des Kuriers I/2006 mit dem vom VERBAND entwickelten Positionspapier und erläuterte einzelne Punkte unter Hinweis auf Erkenntnisse aus der gerichtlichen Praxis.

Robert Schmid

Amtswechsel im Justizministerium

Seit 1999 bestand eine vertrauensvolle Zusammenarbeit des Verbands Bayerischer Rechtspfleger e.V. mit dem Referatsleiter in der Personalabteilung des Bayerischen Justizministeriums, Herrn Dr. Thomas Dickert. Herr Dr. Dickert wurde zum 1. November 2006 zum Präsidenten des Landgerichts Ingolstadt ernannt. Für die jahrelange offene, ehrliche, fruchtbringende und freundliche Zusammenarbeit mit ihm in seiner Funktion als Referatsleiter der Personalabteilung hat sich der Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V. durch seinen Vorsitzenden Kurt Rosemann herzlich bedankt und dieser Dank soll an dieser Stelle nochmals bekräftigt werden. Wir wünschen Herrn Dr. Dickert in seinem neuen Amt von Herzen alles Gute.

Nachfolger als Referatsleiter in der Personalabteilung wurde Herr Andreas Zwerger, dem seitens des Verbands ebenfalls die besten Wünsche ausgesprochen wurden. Wir sind sicher, dass sich auch mit Herrn Zwerger die Zusammenarbeit in gleicher Weise fortsetzen wird.

100 Jahre Bayerischer Richter-verein e.V.

2006 feiert der Bayerische Richter-verein e. V. seinen 100. Geburtstag und dieses Ereignis wurde mit einem Festakt am 23.11.2006 gebührend gefeiert. Ein hochkarätiges Publikum hatte sich im Historischen Rathausaal des Nürnberger Rathauses versammelt, der einen würdigen Rahmen für den Anlass bot.

Launig, aber mit durchaus ernstem Hintergrund begrüßte der Vorsitzende Horst Böhm die Anwesenden mit seiner Rede, in der er auf Missstände in der Bayerischen Justiz hinwies. Höhepunkt war jedoch der Festvortrag von Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jürgen Paper, der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes. Er setzte sich intensiv mit der Selbstverwaltung der Justiz auseinander.

Christine Hofstetter

WILLKOMMEN

Der Verband heißt die Rechtspfleger aus dem Prüfungsjahrgang 2006 an ihrem neuen Arbeitsplatz willkommen und gratuliert ganz herzlich zur bestandenen Prüfung. Wir wünschen den neuen Kollegen ein erfülltes Arbeitsleben, eine gute Kollegialität und tägliche Freude an ihrem Beruf. Ebenso begrüßen wir die Rechtspflegeranwärter des Einstellungsjahrgangs 2006 und drücken die Daumen für ein erfolgreiches Studium.

Tagesausflug des Bezirksverbands Würzburg nach München

Der diesjährige Ausflug des Bezirksverbands Würzburg führte die 40 teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen heuer in die Landeshauptstadt München. Ziel war dabei das Landeskriminalamt, wo sich die Teilnehmer über die Arbeit dieser Behörde ausführlich informierten.



Ein Besuch der Auer Dult und ein Besuch der Ausstellung "Der Kuss - Auguste Rodin" rundete die Tagesfahrt ab.

Ralf Veigel

NEUJAHRSRÄTSEL

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wegen des großen Erfolgs des Preisrätsels 2005 startet der Verband Bayerischer Rechtspfleger auch dieses Jahr ein Gewinnspiel. Herr Dr. Schleicher vom Gieseking Verlag hat entgegenkommenderweise wieder fünf hochwertige und aktuelle Kommentare als Gewinne zur Verfügung gestellt. Dies sind:

1. Preis:

Hintzen/Wolf, Zwangsvollstreckung, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung, November 2006, 1.534 Seiten, gebunden im Schuber (Ladenpreis: € 128,00)

2. Preis:

Bienwald/Sonnenfeld/Hoffmann, Betreuungsrecht, Kommentar, 4. Auflage (Oktober 2005), 1.648 Seiten, gebunden im Schuber (Ladenpreis: € 128,00)

3. Preis:

Arnold/Meyer-Stolte/Herrmann/Hansens/Rellermeyer, Rechtspflegergesetz, Kommentar, 6. Auflage (2002), 778 Seiten, gebunden (Ladenpreis: € 108,00)

4. und 5. Preis:

Zimmermann, Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz - JVEG, Kommentar, März 2005, 435 Seiten, gebunden (Ladenpreis: € 58,00).

Dafür bereits jetzt ein herzliches Dankeschön!!!!

Teilnahmebedingungen sind folgende:

- Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder des Verbands Bayerischer Rechtspfleger e.V. mit Ausnahme der Schriftleiterin des Kuriers.
- An der Verlosung nimmt jede richtige Lösung teil die bis zum Einsendeschluss bei der Schriftleiterin des Kuriers schriftlich eingeht (per Brief: Daniela Woite, AG München, Abt. 15, Infanteriestr. 5, 80315 München oder per e-mail: Daniela.Woite@ag-m.bayern.de)
- Der Gewinner wird namentlich in einem Folgekurier bekannt gegeben (Das Risiko, Anfragen von Kollegen aus ganz Bayern zu erhalten mit der dringenden Bitte um Auskunft aus dem gewonnenen Kommentar, ist leider einzugehen.)
- Einsendeschluss ist 31.03.2007

Wie geht's?

Jeder Zweizeiler beschreibt einen Begriff aus unserem Rechtspflegerleben. Der Anfangsbuchstabe dieser Begriffe ergibt das Lösungswort.
VIEL GLÜCK !!!

Er ist der schlechteste Beweis
Weil nichts genaues er mehr weiß

Das Vermögen verspielt, verraucht und versoffen,
dann ist mir nur noch dies Verfahren offen.

Die Eltern sind fort, das Kind ist allein,
dann muss diese Form der Betreuung sein.

Bringt dein Computer dir nur noch Leid
Diese Stelle in Amberg die weiß Bescheid

Warst du besonders fleißig dies Jahr
Bekommst du diesen Bonus nahezu bar.

Lästig das Berechnen in jedem Akt
Der Revisor auch noch die Fehler knackt.

Macht das Amtsgericht Firlefanz
Geht's dorthin in die 2. Instanz

Man schafft ihn mit viel Müh und Zeit
Dem höheren Dienst man dann geweiht.

Willst du wissen wem ein Grundstück gehört,
Ein Blick in dieses, die Wahrheit dir schwört.

Es ist ganz dringend, es eilt ganz sehr
Dann muss schnell dieser Antrag her.

Diverses

- In der Herbstkonferenz der Justizminister der Länder wurde die Auffassung manifestiert, das Gerichtsvollzieherwesen nach dem Beleihungsmodell umzugestalten, um die Effizienz der Zwangsvollstreckung mittel- und langfristig zu erhalten und zu verbessern. Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern wurden beauftragt, ein förmliches Gesetzgebungsverfahren vorzubereiten.
- In Bayern ist der Anteil der Jugendlichen (14 bis 17 Jahre) und Heranwachsenden (18 bis 20 Jahre) unter den Verurteilten leicht gesunken. Unter den 147.227 von bayerischen Gerichten in 2005 verurteilten Personen waren 7,3% Jugendliche (Vorjahr 7,48%). Der Anteil der Heranwachsenden betrug 10,61% (Vorjahr 10,93). Auffallend ist die überdurchschnittliche Zunahme der Verurteilungen wegen vorsätzlicher Körperverletzungsdelikte.
- Amtswechsel beim Landgericht Augsburg: Verabschiedet wurde Präsident Manfred Wick. In das Amt eingeführt wurde Prof. Dr. Frank Arloth.
- Zum 1.1.2007 wird der elektronische Rechtsverkehr im Handels-, Genossenschafts- und Partnerschaftsregister eingeführt. Zeitgleich sollen neben dem bayernweiten, ein bundesweites Registerportal sowie ein elektronisches Unternehmensregister zur Verfügung stehen.
- Der Bundesrat hat am 15. Dezember 2006 dem zweiten Justizmodernisierungsgesetz zugestimmt. Dies bringt u.a. Änderungen im Zwangsversteigerungsverfahren und Gerichtskostenwesen (z.B.

pauschalierte Zustellkosten auf € 3,50).

- Der Bundestag hat am 14.12.2006 die Verabschiedung der Änderungen beim WEG beschlossen, die zu einer Vereinfachung der Verwaltung und der Vereinheitlichung der Gerichtsverfahren in Wohnungseigentumssachen führen sollen.

Neujahrswünsche

Der Verband Bayerischer Rechtspfleger wünscht allen Kolleginnen und Kollegen, Lesern, Freunden und Förderern einen guten Start ins neue Jahr und ein erfolgreiches 2007.

Die Vorstandschaft und die Schriftleiterin des Kuriers

Rosemann, Kammermeier, Santl, Pauli, Schmid, Hofstetter Hofmann, Saffert, Woite

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: info@rechtspflegerverband-bayern.de

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter www.rechtspflegerverband-bayern.de

Vorsitzender Kurt Rosemann, Nürnberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.